



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Zu Stöckers Entlassung

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Zu Stöckers Entlassung



ie Entlassung Stöckers aus seiner Stellung als Hof- und Domprediger, wie sie vom Kaiser am 6. d. M. bewilligt worden ist, hat in der deutschen Presse insofern die verschiedenartigste Beurteilung gefunden, als die einen darin ein politisches Ereignis ersten Ranges erblickten, die andern dem Vorgange jede Bedeutung absprechen wollten. Nur darin sind alle einig gewesen, daß sie ihm zahllose Leitartikel und sonstige Betrachtungen gewidmet haben. Wenn es nun auch wahr ist, daß sich die Deutschen oft um Kleinigkeiten zanken, so kommt es in diesem Zusammenhange doch vornehmlich auf die subjektive Auffassung an, auf die Wichtigkeit, die die Sache in den Augen der Menschen hat, gleichviel ob sie ihr, geschichtlich betrachtet, zukommt oder nicht.

Vom Standpunkte der Tagesbetrachtung haben die ohne Zweifel Recht, die die Entlassung Stöckers nicht auf die leichte Achsel nehmen: sie sprechen eben nur offen aus, was die andern, ohne es Wort haben zu wollen, gleichfalls denken. Es könnte aber sein, daß sie auch in jenem höhern Verstande Recht behielten, wo es sich nicht um die Stimmungen und Interessen des Augenblicks handelt, sondern um einen dauernden Einfluß, der auf die fernere Entwicklung der Gesamtheit geübt wird, während zugleich ein scharfes Licht auf die Zustände fällt, aus denen heraus derartiges allein verständlich werden kann.

So angesehen hat sich zwar an dem, was in engern Kreisen längst bekannt war, nicht eben viel geändert. Daß Stöcker bei Hofe nicht persona grata sei, war seit dem Regierungsantritt Kaiser Wilhelms II. kein Geheimnis. Ohne auf Einzelheiten einzugehen, deren Berührung sich von selbst verbietet, möchte ich die Gründe am liebsten darin suchen, daß der Kaiser in seinem Bestreben, nicht nur thatsächlich „über den Parteien“ zu stehen, sondern dies auch von der öffentlichen Meinung anerkannt zu wissen, die Beziehungen zu der sogenannten äußersten Rechten, die ihm, während er noch Prinz Wilhelm war, zugeschrieben wurden, wohl unbequem empfunden haben mag. In ungezwungener Weise läßt sich hieraus erklären, daß und weshalb die „Extremen“ als solche, nicht bloß Stöcker allein, von dem jungen Monarchen nicht nur

keinerlei Zeichen der Gunst empfangen haben, sondern zum Teil sogar auffällig zurückgesetzt worden sind, wie es denn z. B. nicht unbemerkt geblieben ist, daß die Herren von Puttkamer und von Kleist-Regow zu der im Frühling dieses Jahres auf der Pfaueninsel bei Potsdam veranstalteten Festlichkeit keine Einladung erhalten hatten, während der sogenannte Hellendorfsche Flügel der deutsch-konservativen Partei des Reichstags reichlich bedacht worden war.

Ich beschränke mich darauf, diese Thatsache anzuführen, die an sich unbedeutend erscheinen mag, weil erst seit etwa sieben Monaten von einer kaiserlichen Politik, im eigentlichen Sinne des Wortes, die Rede sein kann. Was vor der Entlassung des Fürsten Bismarck von unfreundlichen Rundgebungen gegen die „Kreuzzeitungspartei“ und insbesondere gegen Stöcker bekannt geworden ist, wird wohl mit Recht auf die ausgesprochene Abneigung des Kanzlers gegen die „äußerste Rechte“ zurückgeführt. Jedenfalls kann hier nicht so scharf geschieden werden, wie es für die Beurteilung der gegenwärtigen Lage erforderlich wäre.

Ich behaupte nicht, daß zu den eben erwähnten äußern Gründen der Abkehr nicht nach und nach eine gewisse innere Erkaltung hinzugetreten sei; psychologisch ließe sich das wohl erklären, gewisses ist darüber indessen in den Kreisen der Unterrichteten nicht bekannt. Nur so viel scheint festzustehen, daß der Kaiser die kirchenpolitischen Anschauungen Stöckers und seiner Gesinnungsgeoffen nicht teilt, wohl gar dagegen eingenommen ist, weil er von ihrer Verwirklichung eine Minderung der geschichtlichen Stellung des obersten Bischofs der evangelischen Landeskirche erwartet. Auf eine Erörterung dieser Frage einzugehen wäre jedoch nicht am Platze. Wir haben es hier nicht damit zu thun, wer Recht und wer Unrecht hat, sondern damit, welche Beweggründe bei der Entlassung Stöckers mitgespielt haben mögen.

Auch der Antisemitismus ist erwähnt worden. Man hat von Äußerungen gesprochen, die die Großherzoge von Baden und Hessen gemacht hätten, um den Sturz Stöckers herbeizuführen, den sie für die Ausbreitung judenfeindlicher Ideen in ihren Ländern verantwortlich glaubten. Darin irren sie sich. Stöcker hat die Judenfrage bei seiner letzten Anwesenheit in Baden kaum gestreift, in Hessen-Darmstadt unsers Wissens nie öffentlich gesprochen. Daß sich Einflüsse der gedachten Art, vielleicht auch noch höher hinauf reichende, geregt haben mögen, soll nicht unbedingt bestritten werden, nur braucht man ihre Tragweite nicht eben hoch anzusetzen. Angesichts der außerordentlichen Selbständigkeit des Kaisers ist es fast unmöglich, zu erkennen, was bei seinen Entschlüssen den Ausschlag giebt. Nur Vermutungen dürften hier gestattet sein; diese aber gehen dahin, daß die „Staatsraison,“ die heute die „Zusammenfassung aller staatserhaltenden Elemente“ erheischt, es vielleicht erfordert, die fast zu behandeln, auf deren Unterstützung unter allen Umständen gerechnet werden darf, von denen man aber glaubt, daß ihre Grundsätze wie ihre Per-

sonen der Gewinnung andrer, an sich weniger zuverlässiger Elemente im Wege seien.

Sonstige Gründe lassen sich um so weniger ausfindig machen, je mehr man in die Tiefe geht, ohne sich von dem Schein der Dinge beirren zu lassen. Abgesehen von dem berührten Gegensatz auf dem kirchenpolitischen Gebiete — nicht auf dem des Bekenntnisses selbst, wo er nicht besteht — ist ein wesentlicher Unterschied zwischen der kaiserlichen Politik und den Bestrebungen, die sich um den Namen Stöcker gruppieren, in der That nicht zu erkennen. Die Forderungen, die den Inhalt der Erlasse vom 4. Februar d. J. ausmachen, sind in den „christlich-sozialen“ Versammlungen Stöckers und anderswo seit langen Jahren vertreten worden; in der Kolonialpolitik, wie überall, wo nationale Interessen in Frage kommen, hat sich Stöcker, wie selbst seine entschiedensten Gegner nicht in Abrede stellen, stets zu Kaiser und Reich gehalten. Für die leitenden Grundsätze der gegenwärtigen Steuerpolitik ist er jederzeit mit Wärme eingetreten.

Insofern, als er Antisemit ist, nimmt Stöcker allerdings einen gesonderten Standpunkt ein, der amtlich keine Vertretung findet. Allein sein Verhältnis zum Judentum ist ausschließlich sozialer Art, hat mit Rassen- und Religionshaß nicht das mindeste zu thun, weshalb er auch von den Antisemiten Böckelscher Richtung nicht für voll angesehen, ja sogar aufs heftigste angefeindet und verfolgt wird.

Nach dem Gesagten versteht es sich von selbst, daß Stöckers fernere Thätigkeit keine „frondirende“ sein kann und wird, wie die Gegner auszusprechen suchen, sich vielmehr zu einer Fortsetzung des Bisherigen gestalten muß, nur mit größerer Freiheit der Bewegung.

Diese Thatsache, so zweifellos sie schon heute feststeht, wird freilich nicht hindern, daß jene andre, die Entlassung Stöckers aus seinem Amte, sachlich eine Wirkung übt, die vom Standpunkte der „Staatsraison“ weder gewollt wird, noch gewollt werden kann. Was dem Politiker von Fach unter Umständen einleuchten mag, wird man der Masse nie verständlich machen. Wenn ein Mann, der sich mit der kaiserlichen Politik thatsächlich in voller Übereinstimmung befindet und ihr die außerordentlichsten Dienste geleistet hat, plötzlich aus seiner amtlichen Stellung entlassen wird, so muß die Masse darin einen Beweis erblicken, daß jene Übereinstimmung eben geschwunden sei, und daß „neue Bahnen“ betreten werden sollen. Das kann aber nach Lage der Dinge zu einer Erschütterung des Vertrauens führen, das, dank der unermüdlichen Hege, wie sie bald in offener, bald in versteckter Weise gegen die kaiserliche Sozialpolitik getrieben wird, ohnehin auf ziemlich schwachen Füßen steht, dadurch aber, zunächst wenigstens, nicht gestärkt werden kann, daß die neuen sozialpolitischen Gesetze für jetzt mehr Lasten aufzulegen als Gewinn zu bringen scheinen.

Immerhin würde diese Wirkung nicht völlig zum Ausdruck kommen, wenn nicht die Tagespresse zum guten Teile dabei eine Rolle spielte, die man geradezu niederträchtig nennen muß. Daß der furchtbare Haß, mit dem Stöcker seit Anbeginn seiner Thätigkeit verfolgt wird, bei dieser Gelegenheit wieder aufgelegt ist, mag noch hingehen: *à la guerre comme à la guerre*. Wie Stöcker in gewissem Sinne seinen Gegnern keinen Pardon gegeben hat, so erwartet er auch keinen von ihnen. Niederdrückend, demütigend für unser deutsches Bewußtsein, beschämend für unser sittliches Empfinden aber ist dieses Maß von Gemeinheit!

Vor mir liegt ein Haufe von Zeitungen, die sich alle mit Stöcker befassen. Ich hätte nur nötig, ihre Urteile aneinander zu reihen, und jede eigne Kritik wäre überflüssig. Leider läßt das der Raum nicht zu. Übrigens bedarf es kaum der Belege. Wir alle haben diesen Kannibalentanz um den Marterpfahl in der letzten Zeit mit angesehen. Wir alle sind Zeugen des Mangels an Großmut und ritterlichem Sinn gewesen, der die deutsche Tagesliteratur der Gegenwart vielfach zu der verächtlichsten der Erde macht.

Wo stammt sie aber her, diese kotbeladene Niedertracht, diese freche Verachtung der Wahrheit, diese wahnsinnige Rachewut, diese Unversöhnlichkeit des Hasses, wo stammt sie her? Deutsch ist das nicht. Was immer unsre Fehler sein mögen, und es sind ihrer wahrlich genug! nach dieser Richtung sind sie nicht zu suchen. Stöcker selbst hat den Finger auf die Wunde gelegt: „Unser Volk ist vermauschelt — hat er gesagt —, daran liegt es.“ Ja, „vermauschelt“ ist das Volk und ist vor allem die Presse. In Juden Hände ist sie mehr und mehr gelangt, bis wir da stehen, wo uns Lassalle, selbst ein Jude, vor mehr als fünfundzwanzig Jahren sah, am Rande des sittlichen Zusammenbruches, dem wir nicht entgehen werden, wenn sich das nicht ändert. Oder könnte es irgend ein Volk der Welt ertragen, sein ganzes Sein und Wollen in den Dienst einer fremden Minderheit gestellt zu sehen, die an allem, was unser nationales Leben zeitigt, nur das eine Interesse hat: Was bringt es ein?

Zu allen Zeiten, vor und nach Gewährung der bürgerlichen Gleichberechtigung an die Juden, hat es Männer gegeben, die das klar erkannt haben. Von keinem aber ist es öffentlich, unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts, mit solcher Kraft und Wirkung ausgesprochen worden wie von Stöcker, nachdem ihn die Juden zur Selbstverteidigung gezwungen hatten — früher nicht. Wie maßvoll überdies ist es geschehen, mit welcher Schonung, welcher Pietät für die heiligen Überlieferungen Israels! Wer aber hat darauf gehört? Ein „Gezer“ und „Brandredner“ mußte er sein, weil er die Juden zur Bescheidenheit ermahnte, nur von einzelnen weniger verblendeten ist es ihm gedankt worden, weil sie begriffen, daß die Gesamtheit wieder einmal — wie schon so oft in ihrem Übermut — einer Katastrophe entgegentürme, die alles Gewonnene zu verschlingen droht.

Einstweilen freilich scheint das noch fern zu sein. Die Juden haben es verstanden, sich in den Organen unsrer öffentlichen Meinung eine Vertretung zu schaffen, die Millionen von Deutschen mundtot macht, als Teilnehmer und Mitschuldige an einem Treiben zeigt, das ihnen innerlich zuwider ist, dessen Bann sie sich aber nicht mehr zu entziehen wissen.

So kommt es, daß Stöcker heute in vieler Augen als das dasteht, was seine Gegner sind; daß er als „Sündenbock“ in die Wüste gejagt wird, während die wahren Feinde unsers Volkes sich als dessen Wohltäter geberden und überall auf eine zarte Rücksicht treffen, die dem Gehorsam feiger Sklaven gleicht.

An diesem furchtbaren Gegensatz zwischen der Außenseite der Dinge und ihrem innern Gehalt droht alles zu Grunde zu gehen. Wir wollen unser öffentliches Leben aus der Tiefe heraus erneuern und fangen damit an, daß wir seinen Verderbern schmeicheln!

Freilich sind die Verhältnisse so verwickelt geworden, daß man dem Einzelnen kaum einen Vorwurf mehr daraus machen kann, wenn er sich von dem Strome treiben läßt. Für Unzählige steht bei dem ersten Versuche des Widerstandes alles auf dem Spiel, während die Staatsgewalt sich durch das formelle Recht, das sie zu schützen verpflichtet ist, gebunden sieht, die Folgerung eines Standes der Dinge ziehen muß, den sie, von falschen Voraussetzungen ausgehend, dereinst selbst geschaffen hat.

Wer ändert das? Auch der Stärkste nicht, wenn ihm nicht Schicksalsfügungen zu Hilfe kommen. Das ist am letzten Ende die Moral davon, daß Stöcker jetzt hat gehen müssen.

Aber nicht immer heißt es: Wer gegangen ist, kommt nicht wieder. Die Macht des Judentums ist einstweilen noch im Wachsen; allein auch die Gegenbewegung nimmt sichtlich zu. Jene von außen herein, diese von innen heraus. Jeder Schritt weiter auf dem Wege zur gesetzlichen Organisation der Arbeit bedeutet eine grundsätzliche Minderung der Judenmacht, die von der Organisationslosigkeit lebt, mit ihr steht und fällt.

In diesem Sinne wird Stöcker, ob nun im Leibe oder im Geiste, wiederkommen. Vielleicht erst, wenn das Wort, das Herwegh, obchon in einem andern Sinne als wir, von der deutschen Freiheit gesprochen hat, wahr geworden ist:

Nein, sie wird nicht untergehn,
Doch ihr fröhlich Auferstehn
Kostet eine Höllenfahrt!

*

